eine unabhängige Initiative für
Demokratie, Menschenrechte und Klimaschutz

„IMPRESSIONEN“ - Sommeredition

NÖ Landesregierung und Landtag:

Rückblick auf die erste „Halbzeit“
der aktuellen Legislaturperiode
(März 2023 - August 2025)

Kaum zu glauben, dass bereits im Jänner 2025 mehr als die Halbzeit der aktuellen niederösterreichischen Legislaturperiode verstrichen war. Von den insgesamt 45 geplanten Landtagssitzungen fanden zwischen März 2023 und Juli 2025 bereits 29 Sitzungen statt.

Auch wenn somit die echte „Halbzeit“ mittlerweile vorbei ist, wollen wir die heurige Sommerpause für einen Rückblick nützen und unsere Beobachtungen und Impressionen dieser ersten Zeit, aber auch einige Eindrücke während des sitzungsfreien Sommers zusammenfassen.

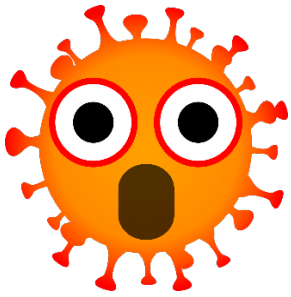
WAS UNS BESONDERS AUFGEFALLEN IST

Bereits nach den ersten Sitzungen war klar, welche der Regierungsparteien im nö. Landtag das Sagen hat. Es wurde ziemlich deutlich, dass die FP-Mandatare (bewusst nicht ge-gendert!) in dieser Koalition den Ton angaben und ihren Koalitionspartner VPNÖ sehr oft buchstäblich vor sich hertrieben. Es war teilweise beschämend und manchmal sogar mitleiderregend, wie die VP-Mandatar*innen während der Landtagssitzungen schweigend und ohne Proteste die Anwürfe der FP – auch gegen ihre eigene Partei in der Bundesregierung – erduldeten. Soll das Taktik sein? Ist es Unterwürfigkeit, um die bestehende Koalition nicht zu gefährden? Oder ticken vielleicht ohnehin immer mehr VPNÖer schon in Richtung der Blauen? Bei manchen VP-Politiker*innen könnte man das vermuten: z.B. als Landeshauptfrau Mikl-Leitner im Schlepptau ihres Stellvertreters Landbauer ab Spätherbst 2024 monatelang die Anti-Islamismus-Keule schwang und u.a. nicht vorhandene Burka-Trägerinnen im Landesdienst bekämpfte.

Oder wenn auch gewisse ÖVP-Bundespolitiker*innen wie Innenminister Karner oder Integrationsministerin Plakolm in den Medien den Ton angeben und man oft meinen könnte, dass nicht christlich-soziale, sondern „tiefblaue“ Politiker*innen sprechen.

INHALTLICHE AUFFÄLLIGKEITEN

Dass die FPNÖ die Themenführerschaft für sich beanspruchte, war von Anfang an klar. Schon bei den Koalitionsverhandlungen war z.B. der ***Corona-Fonds*** eine Koalitionsbedingung der FPNÖ. Und das Corona-Thema poppte auch zwischendurch immer wieder auf. Peinlich halt nur, dass sich die Anträge von angeblich „Corona-Geschädigten“ an diesen Fonds, der im Mai 2023 mit 31,3 Mio. € gefüllt wurde, sehr in Grenzen hielten. Anfang Juni 2024 waren erst 12 % des gesamten Fördervolumens ausbezahlt worden und es war daher unwahrscheinlich, dass bis Ende August 2025, dem Ende der Laufzeit, eine Ausschöpfung des gesamten Fördervolumens möglich sein würde. Dies führte im März 2025 zu einem relativ kritischen Bericht des Rechnungshofs Österreich über den „**NÖ Covid Hilfsfonds für Corona-Folgen**“,



Quelle: pixabay

Bei ***Klima- und Umweltthemen*** fungierte v.a. die FP, oft mit Unterstützung der VP, als Bremser. Dies zeigt sich auch durch heftige An- und Untergriffe auf die damalige Umwelt-Ministerin Gewessler, die von der FPNÖ während Landtagssitzungen als „Klima-Ideologin“, „Wirtschaftsvernichterin“ und sogar als „Klima-Kommunistin“ beschimpft wurde. Auch Klimaaktivist*innen wurden als „Klimahysteriker“, „Klima-Idioten“ oder gar als „Klima-Terrorist*innen“ diffamiert (siehe Impressionen 10/2023, S. 4 und 7).

Quelle: pixabay

Bei solchen Diffamierungen und Beleidigungen schwiegen sowohl die VP-Mandatar*innen als auch *Landtagspräsident Wilfing*. Auf Kritik an seiner Vorsitzführung meinte er lakonisch, „Kommunist*in“ sei für ihn kein Schimpfwort.

In einer Presseaussendung vom 24.01.2025 verstieg sich der *FP-LAbg. Dieter Dorner* sogar zur unverschämten Behauptung, Richterstellen würden mit Klima-Kommunisten (!) besetzt. Dies, weil ihm ein Entscheid des BVwG nicht behagte, durch den der Bau der Marchfeld-Schnellstraße S8 gestoppt wurde.

Auch mit ***umweltverträglichem Verkehr*** hat die FPNÖ nichts am Hut. Ganz im Gegenteil: *Udo Landbauer* und Parteikollegen promoten seit Monaten Tempo 150 auf Autobahnen, nach dem FPÖ-Slogan „*Freie Fahrt für freie Bürger*“.

Zusatzinformationen

- FPÖ-Landbauer: „Ja zu Tempo 150! Schluss mit Ausbremsen der Pendler“ – Freiheitliche Partei Österreichs | Niederösterreich (18.08.2025)
- FPÖ-Landbauer: „Tempo 100 hat nur Potenzial zum Ärgern aller Autofahrer“ – Freiheitliche Partei Österreichs | Niederösterreich (22.12.2024)

Auch im Sommerloch 2025 „steigt die FPÖ-NÖ wieder aufs Gas“ und *Udo Landbauer* fordert erneut Tempo 150 – „*aus Respekt vor den Pendlern*“. Grotesk!
(FPÖ steigt aufs Gas: "Zukunft auf Autobahn Tempo 150", HEUTE, 19.08.2025)

Dies ist bereits eine alte Forderung der FPNÖ und wird in regelmäßigen Abständen über die Medien hinausposaunt: Tempo 100-Diskussion beenden! Freie Fahrt für freie Bürger – Freiheitliche Partei Österreichs | So lautete ein Posting auf der FPNÖ-Homepage vom 17.02.2023.Niederösterreich.

Weder die jahrzehntelangen Warnungen aus der Wissenschafts- oder Umweltschutz-Community, noch die Warnungen des VCÖ/Verkehrsklub Österreich werden zur Kenntnis genommen. Ein fahrlässiges Verhalten der Volksvertreter „*unserer Landsleute*“, wie die FPÖ ja die nö. Bürger*innen gerne nennt.

Dass diese FP-Forderungen selbstverständlich massive Proteste zur Folge hatten, ist verständlich. So warnten sowohl Grüne, als auch Umweltmediziner*innen oder Greenpeace und VCÖ vor einem Hinaufsetzen des Tempolimits.
("Mehr Todesopfer"– Massiver Widerstand gegen Tempo 150, HEUTE, 19.08.2025;
VCÖ warnt vor Einführung von Tempo 150 auf Autobahnen - Inland - derStandard.at › Inland, DER STANDARD, 04.02.2025)

Diese FP-Politiker leben offenbar noch immer im vorigen Jahrhundert, ignorieren den Klimawandel, wissenschaftliche Erkenntnisse und dringend notwendige Verhaltensänderungen.

Auch vom Vorschlag des *Fiskalratspräsidenten Christoph Badelt* scheinen sie noch nichts gehört zu haben oder ignorieren diesen. Professor Badelt meinte, Tempo 100 auf Autobahnen könnte so viel CO2-Einsparungen bringen, wie durch die Förderung

von Gebäudesanierungen und Heizungen erreicht würde. Das wird von LHF-Stv. Landbauer jedoch als „woke Wünsche“ abgetan.
(Forderung an „Zuckerl“ - Fiskalrat-Chef will Autofahrer deutlich ausbremsen | krone.at, 20.12.2024)

Weitere wichtige und auch heiß diskutierte Themen waren vor allem im letzten Jahr die

LGA/Landesgesundheitsagentur,
NÖ Gesundheitspakt bzw. NÖ Gesundheitsplan.

(siehe auch Impressionen vom März 2025)

Der sogenannte ***NÖ Gesundheitsplan 2040+*** basiert auf den Empfehlungen, die von einer Expert*innengruppe aus unterschiedlichsten Bereichen des Gesundheitssystems ab März 2024 ein Jahr lang erarbeitet wurden. Unter Berücksichtigung des demographischen Wandels sowohl der Bevölkerung, als auch des verfügbaren Personals wurde ein neues Versorgungsmodell erstellt, das aus Sicht des Expert*innengremiums und der Politik möglichst allen Anforderungen gerecht werden sollte.

Dass dies nicht zur Zufriedenheit aller gelingen konnte, war vorhersehbar. Daher gab es bereits unmittelbar nach Beschlussfassung des Gesundheitsplanes 2040+ im NÖ Landtag im März 2025 heftige Debatten und Proteste sowohl von Politiker*innen als auch der Bevölkerung. (Informationen zu Details sind in der Zusatzinformation zu finden.)

Was besonders heiß diskutiert wurde, waren die geplanten Zusammenlegungen von Spitälern, wie im Weinviertel (Hollabrunn, Korneuburg und Stockerau), die Spezialisierung von Kliniken, z.B. auf Altersmedizin und dadurch Schließung von Abteilungen oder die Kürzung von 32 auf 21 Notarztstützpunkte.

Weiters wurde angezweifelt, ob die Ersatzmaßnahmen wirksam sein würden, z.B. ob „Acute Community Nurses“ als adäquater Ersatz für Notarztstützpunkte fungieren könnten.

Und schließlich wurden auch intransparente Entscheidungsprozesse, mangelnde Einbindung der betroffenen Gemeinden und eine unklare Personalstrategie teils scharf kritisiert.

In den betroffenen Gemeinden wurden tausende Unterschriften gesammelt, Protestkundgebungen mit bis zu 3.000 Teilnehmer*innen organisiert und Petitionen an die Landesregierung geschickt. Eine Protestgruppe aus Gmünd, die Initiative „LK Gmünd bleibt“, beehrte sogar am 12. Juni die Landtagssitzung in St. Pölten.

Zusatzinformation

- Kampf um Stützpunkte - „Knallharter Sparkurs ohne Ersatz für Notärzte!“ | krone.at (01.09.2025)

- Kundgebung zur Schließung des Notarzt-Stützpunktes - Offizielle Homepage der Stadtgemeinde Purkersdorf - Home - Bürgerservice - Alle News (14.08.2025)
- Gmünd: Spitals-Aus sorgt weiter für Unmut - noe.ORF.at (09.07.2025)
- „Böse Blicke“ geerntet - Landtag für stillen Spitalsprotest „belagert“ | krone.at (14.06.2025)
- Standortgarantie von 2006 - Krankenhaus-Schließung: Stadt Gmünd beschreitet den Rechtsweg - NÖN.at (20.05.2025)
- Spannende Debatte über Gesundheitsreform - noe.ORF.at (11.04.2025)
- Gmünd und Hollabrunn: Proteste gegen Schließungen - noe.ORF.at (05.04.2025)
- Gmünd - „Wird Herzstück herausgerissen“: Knapp 3.000 Menschen bei Spitalsdemo - NÖN.at (04.04.2025)
- Gesundheitspakt 2040+ - Kritik: „Benachteiligt sind die Patienten aus dem Bezirk Gänserndorf!“ - NÖN.at (28.03.2025)
- NÖ Gesundheitspakt: 15.000 Unterschriften gegen Kahlschlag bei LK Melk - Melk (28.03.2025)
- Überwiegende Mehrheit für Gesundheitspakt - noe.ORF.at (27.03.2025)
- Spitalszusammenlegung und weniger Notarztstandorte in Niederösterreich geplant – DiePresse.com (24.03.2025)
- Expertenpapier schlägt Kliniken-Schließungen vor - gesundheitswirtschaft.at (17.10.2024)

Neben den ***FPNÖ-Feindbildern*** von Klima- und Umweltaktivist*innen, schossen sich blaue Mandatar*innen auch immer wieder auf **„die EU“, „die Einheitspartei“** (gemeint war die damalige Bundesregierung von ÖVP und Grünen) auf **Migrant*innen und Geflüchtete** ein. Dabei wurde und wird auch weiterhin mit Andeutungen und Unterstellungen gearbeitet, die eine negative Stimmung in der Bevölkerung erzeugen sollen und es wird mantra-artig von der FPNÖ eine **„Festung Österreich bzw. eine Festung Europa“** gefordert.

Um das Thema am Köcheln zu halten, verkündete der neue ***FP-Landesrat Martin Antauer*** auch während der Landtags-Sommerpause Anfang August scharfe Maßnahmen gegen „*Asylbetrüger*“. Mit Ankündigung einer monatlichen Meldepflicht an den BHs für alle privat wohnenden Grundversorgungsbezieher erweckte er den Anschein, als ob „*Asylbetrug*“ in NÖ ein echtes Problem wäre. Diese Aktion ist nichts anderes als eine weitere **Schikane**, wie sie schon die **Sachleistungskarte** anstelle von Bargeld war. Sie hatte zur Folge, dass damit weder in Öffis bezahlt, noch in Sozialläden eingekauft werden konnte. Die dahintersteckende Absicht versuchten FPNÖ-Politiker, wie der ehemalige *Asyl-Landesrat Luisser oder LHF-Stv. Landbauer*, nicht einmal zu verschleiern. In mehreren Interviews und Aussendungen erklärten sie ihre Absicht, Niederösterreich, das „*Asylschlaraffenland*“, als Asylstandort so unattraktiv wie möglich zu machen. (HEUTE, 30.05.2024). Ähnliche Aussagen traf *Landbauer* auch im ORF „NÖ-Heute“-Sommergespräch am 01.09.2025.

„*Unser klares Ziel ist und bleibt die Null-Quote. Das gilt für Geldleistungen genauso wie für Asylanträge*“ verkündete *Landbauer* bereits vor mehr als einem Jahr in einer

Presseaussendung vom 30.05.2024 und zeigt damit deutlich die Einstellung seiner Partei.

Oder noch deutlicher ist *Landbauer* im HEUTE-Sommer-Interview vom 09.07.2025, als er in der Zeitung mit der menschenverachtenden Aussage zitiert wird: *"Ziel ist nicht Integration, sondern Heimreise"* oder in einem neuerlichen HEUTE-Interview vom 03.09.2025, bei dem er zynisch sagt, *"Wir bräuchten jeden Tag eine gefüllte Hercules-Maschine, die Menschen außer Landes bringt".*

Sogar die deutsche *Ex-Kanzlerin Merkel* bekommt ihr Fett ab und gehört seit Kurzem zum neuesten Feindbild von *FP-Politikern wie Landbauer* oder *Nepp*. Gemeinsam mit dem *AfD-Fraktionschef Chrupalla* und dem *Ex-FP-, Ex-BZÖ-Politiker und Möchte-Gern-Bundespräsident Gerald Gross,* schießen sie sich gemeinsam auf *Angela Merkel* wegen ihrer Aussage *„Wir schaffen das"* und ihrer menschlichen Flüchtlingspolitik im Jahr 2015 ein, versuchen auf diese Weise, die von vielen geschätzte Ex-Kanzlerin zu diffamieren und dadurch politisches Kleingeld zu machen.

Aber auch die *nö. Landeshauptfrau Mikl-Leitner* fühlt sich bemüßigt, in OE24, einem ihrer geliebten Boulevard-Medien, auf Angela Merkel hinzubashen. Unter dem Titel *„Angela Merkel hat es nicht geschafft"* rechnet *Mikl-Leitner* mit der Flüchtlingspolitik ab. Sie habe ja schon 2014 vor einer Asylkrise gewarnt.

Was sie allerdings nicht erwähnt, ist die Tatsache, dass damals neben dem Vormarsch von IS-Extremisten im Irak und Syrien ein weiterer Auslöser der großen Wanderbewegung 2015 die Tatsache war, dass die Gelder des Welternährungsprogramms nicht mehr für die Versorgung der Flüchtlinge in jordanischen, libanesischen und türkischen Lagern ausreichten. Viele Staaten waren mit den Zahlungen an diese UN-Organisation trotz aller dringenden Appelle säumig, darunter auch die EU. Außerdem waren die Spenden rückläufig.

Damals sah sich das Welternährungsprogramm/WFP der Vereinten Nationen gezwungen, die Essensrationen in den Flüchtlingslagern in Jordanien und im Libanon aus akutem Geldmangel um bis zu 50% zu kürzen.

Diese Einschnitte gelten als ein Auslöser dafür, dass viele Flüchtlinge sich gezwungen sahen, weiter nach Europa zu ziehen – in der Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen.

Zusatzinformation

- Tausende Flüchtlinge im Niemandsland – DW (08.12.2015)
- Große Versprechen, stotternde Zahlungen - news.ORF.at (17.09.2015)
- Syrien-Flüchtlinge: Uno streicht Nahrungsmittelhilfe - DER SPIEGEL (01.12.2014)
- Yarmuk-Flüchtlingscamp: Verhungern zwischen den Fronten - Nahost - derStandard.at › International (22.01.2014)

Was inzwischen sonnenklar ist: die **FPÖ hat immer weniger Berührungsängste mit rechtsextremen Parteien wie der AfD oder Bewegungen wie den Identitären.**

Dass gewisse nö. Landtagsabgeordneten allerdings schon viel länger „auffällig" waren und bereits in der Vergangenheit einen deutlich erkennbaren Hang nach rechts hatten, zeigt das **Dossier der Plattform „Stoppt die Rechten": FPÖ NÖ (Teil III): Eine sehr extreme Liste.** Kennt das die ÖVP nicht, oder sind ihr die dort gesammelten Skandalgeschichten egal?

In diesem Dossier finden sich acht Namen von insgesamt vierzehn FPNÖ-Landtagsabgeordneten. Einer davon, *Michael Sommer,* dessen sexistische und menschenverachtende Sprüche und Postings in dieser Liste dokumentiert werden, ist allerdings inzwischen Ex-Mandatar. Der Grund: er hat innerhalb eines Jahres zum zweiten Mal in alkoholisiertem Zustand einen Unfall verursacht und ist danach als Abgeordneter zurückgetreten.

Somit ist zumindest einer der ärgsten FPNÖ-Hetzer im nö. Landtag Geschichte.

Das hindert ihn allerdings nicht, offensichtlich mit Zustimmung der FPNÖ, seine Parteifunktionen im Bezirk Hollabrunn weiter auszuüben, was einen heftigen Protest der ÖVP Hollabrunn auslöste. Man wird sehen, wie die Sache weitergeht.

Im **Dossier „FPÖ NÖ (Teil III): Eine sehr extreme Liste** werden die (ehemaligen) Kontakte der sieben restlichen FPNÖ-Abgeordneten zu teilweise rechtsradikalen Kreisen akribisch dokumentiert. Bei der Lektüre kommt einem das Grauen, wenn man bedenkt, dass diese Personen heute Abgeordnete im nö. Landtag sind.

Dass es in NÖ seit Jahrzehnten rechte Umtriebe gibt, zeigen nicht nur immer wieder Funde von Waffen und NS-Devotionalien, sondern auch der „Fall Langenlois" und die Verbindung zu den Sächsischen Separatisten. Auch #zusammenHaltNÖ war bei Protestkundgebungen vor und bei Gemeinderatssitzungen dabei und verfasste einen Offenen Brief an den Gemeinderat. Zu dieser Causa gibt es jetzt auch ein kürzlich erschienenes Buch „Der „Tag X - Die Umsturzfantasien der Rechten" von Gernot Rohrhofer, das unfassbare Details über die rechtsextreme Szene in NÖ und deren Vernetzung mit rechtsextremen Gruppierungen in Deutschland auf drastische Weise aufzeigt.

Dass FP-Politiker mit klarem rechtsextremen Gedankengut auch in Gemeinderäten sitzen, zeigt der Fall des inzwischen Ex-FP-Spitzenkandidaten und Gemeinderats aus Gloggnitz, Thomas Hardteck, der jetzt endlich bei der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt in Hinblick auf den Verhetzungsparagraph bzw. das Verbotsgesetz angezeigt wurde.

Die FPNÖ zog am 26.8. nun doch die Reißleine und ließ „Stoppt die Rechten" wissen, dass man zuvor das Ausmaß der Vorfälle nicht gekannt habe. *Hardteck* sei mit sofortiger Wirkung all seiner Funktionen enthoben und aus der Partei ausgeschlossen worden. Sehr späte Einsicht!

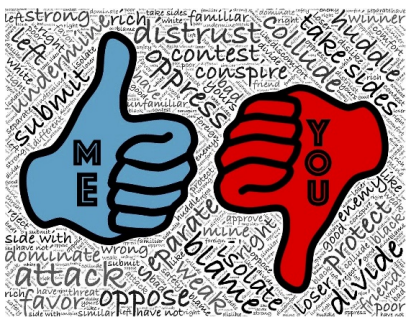
Zusatzinformation

- Juden und Schwule als "Parasiten": FPÖ schließt Gemeinderat aus | Kurier (26.08.2025)
- FPÖ NÖ: Parteiausschluss eines Gloggnitzer Gemeinderats (Presseaussendung, 26.08.2025)
- Social Media-Entgleisung - „Parasiten“-Posting: Parteiausschluss von Gloggnitzer FPÖ-Gemeinderat - NÖN.at (26.08.2025)
- FPÖ-Gemeinderat Thomas Hardteck angezeigt (26.08.2025)
- Parteiausschluss für FPÖ-Gemeinderat in NÖ nach Internetpostings - FPÖ - derStandard.at › Inland (26.08.2025)
- Causa Schimanek: Rosenkranz-Bürochef muss gehen - noe.ORF.at (28.02.2025)
- Schimanek nach E-Mail-Skandal nicht mehr Büroleiter von Rosenkranz - Inland - derStandard.at Inland (28.02.2025)
- NS-Funde: Ortschef will Mietvertrag kündigen - noe.ORF.at (19.02.2025)
- Schimanek: NS-Memorabilia und Munition in Langenloiser Forsthaus entdeckt - Krems (15.02.2025)
- Spuren führen ins Kamptal - Rechtsextreme wollten sich in Forsthaus bei Langenlois verschanzen - NÖN.at (07.02.2025)
- Dossier über FPÖ-Verbindungen: "Liebe Identitäre Bewegung, ich begrüße euch recht herzlich" – DiePresse.com (11.04.2019)

Wir von #zHNÖ fragen uns schon seit Beginn unserer Beobachtungsmission, wie lange sich die VPNÖ die Zusammenarbeit mit diesem Koalitionspartner noch antun will.

Die FPNÖ wird immer unverfrorener und hetzt auch hemmungslos gegen ÖVP-Politiker*innen im Bund und gegen die EU (siehe Bericht auf der FPNÖ-Homepage „Blauer Montag“ beim Wachauer Volksfest, 26.08.2025).

Merkt die ÖVP noch immer nicht, dass sie durch ihr Wegducken, ihr hartnäckiges Schweigen zu all den FP-Unsäglichkeiten und durch ihren eigenen, zunehmend rechteren Kurs nur einem *zukünftigen Landeshauptmann Landbauer* den Weg bereitet? Wie viele Wahlen muss die ÖVP noch verlieren, um das endlich zu kapieren?



Quelle: pixabay

Die übertriebene Betonung „unserer Kultur, Werte, Normen, Traditionen und Feste“

Quelle: Bing Image Creator

Von Migrant*innen wurde in Aussagen von FP-Politiker*innen nicht nur Integration, sondern sogar häufig Assimilation gefordert. In Schulen oder Kindergärten solle nicht die Vielfalt und der Austausch zwischen den Kulturen gepflegt werden, wie das früher häufig auch in NÖ der Fall war, sondern es sei die Anpassung an „*unsere Leitkultur*“ sicherzustellen und einzufordern. Vor allem „*der Islam*“ wurde immer wieder pauschal als gefährdend dargestellt, was schließlich im „***Aktionsplan gegen den radikalen Islam***“ und der Anpassung von fünf Landesgesetzen gipfelte.

Ein weiteres Thema, das bei Landtagssitzungen ebenfalls immer wieder auftauchte, war ***mangelnde Transparenz und Kontrolle***, v.a. bei ausgelagerten Landesgesellschaften, Agenturen, wie z.B. der LGA/Landesgesundheitsagentur oder Firmen, die nur mehr zu 25% und mehr in Hand des Bundeslandes sind.

Der Landesrechnungshof/LRH hat die Aufgabe, die Finanzgebarung des Landes, seiner Gemeinden und anderer Rechtsträger auf Richtigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Diese Prüftätigkeit trägt zwar zur besseren Transparenz bei, jedoch stößt der LRH immer wieder an Grenzen bzw. erntet auch zeitweise scharfe Kritik an seiner Prüftätigkeit, wie z.B. bei der sogenannten Inseratenaffäre im Jahr 2022. Damals bestand laut PROFIL (01.05.2022) der Verdacht, dass es zu größeren Geldverschiebungen von öffentlichen Stellen in Richtung parteinaher Medien der ÖVP gekommen sein könnte. Deshalb beauftragten im April 2023 SPÖ, FPÖ, Grüne und Neos den Landesrechnungshof mit einer Sonderprüfung.

Dabei gab es einige Unstimmigkeiten. Laut DER STANDARD vom 16.12.2022 hielt die *Rechnungshofdirektorin Dr. Goldeband* fest, es habe bei den Auftraggebern offenbar die Erwartung gegeben, der Landesrechnungshof führe namentlich auf, welche Inserate zu welchem Preis in welchem Medium veröffentlicht wurden. Das sei nach der Rechtsordnung nicht möglich.

SPÖ, FPÖ, Neos und Grüne verweigerten bei der letzten Landtagssitzung vor der Landtagswahl (15.12.2022) die Kenntnisnahme.

Im Jänner 2023, vor der Wahl, ging das Hickhack weiter. Die SPÖ beauftragte den Verfassungsrechtler Univ. Prof. Dr. Heinz Mayer mit einem Gutachten, der Landesrechnungshof konterte mit einem Gutachten von Univ. Prof. Andreas Janko, das zu einem anderen Ergebnis kam.

Schließlich wurde im November 2023 per Landtagsbeschluss (S.15 ff) ein Schlussstrich unter die Causa gezogen.

Zusatzinformation

- Schlussstrich unter die Sonderprüfungen (21.11.2023)
- Inseraten-Affäre: SPÖ will Landesrechnungshof erneut prüfen lassen - NÖN.at (18.12.2023)
- Goldeband kontert Kritik: "Prüfberichte sind keine Wahlkampf-Munition" - NÖN.at (18.01.2023)
- Landesrechnungshof weist haltlose Unterstellungen zurück und mahnt zu Sachlichkeit (28.12.2022)
- Landesrechungshof-NÖ-Direktorin weist Kritik an Prüfberichten zu Inseratenvergabe zurück - Niederösterreich - derStandard.at › Inland (16.12.2022)
- Massive Kritik an Rechnungshof-Berichten - noe.ORF.at (15.12.2022)
- Inserate: Erste Prüfberichte veröffentlicht - noe.ORF.at (13.12.2022)
- Sonderprüfung: Kritik an “Maulkorb” für Landes-Mitarbeiter aus NÖ - VIENNA.AT (14.07.2022)
- Landesrechnungshof startet mit der Sonderprüfung (11.05.2022)

In einem NÖN-Interview vom 11.03.2024 äußert *LRH-Präsidentin Dr. Edith Goldeband* ihr Unverständnis darüber, dass der Landesrechnungshof nur Gemeinden über 10.000 Einwohnern prüfen dürfe und sagt, „*Für kleinere gibt es in Niederösterreich, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, keine Prüfrechte des Landesrechnungshofs. Die hätten wir gerne“.*

Weiters wünscht sich *Frau Dr. Goldeband* zum 25. Geburtstag des LRHs – ebenso wie viele Landtagsabgeordnete – ein Rederecht des LRHs bei Landtagssitzungen, wie dies auch bereits in Tirol und dem Burgenland diskutiert wird. Dieses Rederecht wurde schon mehrmals von Abgeordneten der Opposition gefordert, jedoch immer wieder bei Abstimmungen von der VPFP-Mehrheit im Landtag abgeschmettert. Wie die Rechnungshofpräsidentin *Dr. Kraker* im Rechnungshofausschuss des Nationalrats, hat *Dr. Goldeband* aber Rederecht im Rechnungshofausschuss des Landtages.

Wir Vertreter*innen der Zivilgesellschaft fragen uns, was die Gründe für diese wiederholte Ablehnung sein könnten. Haben die Regierungsparteien Angst, dass Abgeordnete unangenehme Fragen stellen könnten? Oder dass noch detailliertere Daten und Fakten ans Tageslicht kommen könnten, die einer, oder beiden Regierungspartei/en nicht angenehm wären? Was sonst könnten Gründe für diese Verweigerung sein?

FRAGWÜRDIGES DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS

Man sollte glauben, dass es im 21. Jahrhundert selbstverständlich ist, dass Frauen gleichberechtigt Stellen einnehmen oder Posten besetzen, die in früheren Jahrhunderten ausschließlich Männern vorbehalten waren. Auch sollte es sich zu einigermaßen gebildeten Personen durchgesprochen haben, dass es von vielen Substantiven sowohl männliche als auch weibliche Formen gibt. ***Mandatare der FPNÖ*** (bewusst nicht ge-gendert!) scheinen dies aber noch immer nicht kapiert bzw. akzeptiert zu haben. Bereits bei Begrüßungsfloskeln ***verweigern*** sie ***hartnäckig weibliche Anreden,*** begrüßen auf provokante Weise nur ihre Kolleg**EN** und titulieren die dritte Landtagspräsidentin als „Frau Präsid**ENT**". Aber kein Wunder bei einer Partei, die sogar bei der Ankündigung ihrer eigenen *FP-Parteikollegin Landesrätin Susanne Rosenkranz* auf ihrer Homepage allen Ernstes schreibt: „*Lokalmatador Landesrat Susanne Rosenkranz begrüßte als erster Redner alle Gäste*"!

Ist die Sprachkompetenz dieser FPNÖ-Männer so schwach entwickelt, dass ihnen die weibliche Form mancher Wörter bisher entgangen ist? In diesem Fall: zurück auf die Schulbank oder in einen Deutschkurs! Oder aber es ist ein absichtliches Ignorieren von Frauen, um ihre Geringschätzung/Missachtung dem weiblichen Geschlecht gegenüber auszudrücken, was wir von #zHNÖ eher vermuten. Jedenfalls völlig inakzeptabel! Merken diese FP-Mandatare nicht, wie lächerlich sie sich machen?

Ebenfalls häufig zu beobachten war der ***penetrante Klubzwang*** trotz der in der NÖ Landesverfassung eindeutig festgelegten „Unabhängigkeit der Abgeordneten" (*siehe Artikel 19: Die Abgeordneten sind bei Mandatsausübung an keinen Auftrag gebunden*). Die Praxis sieht leider anders aus. Wie in Österreich auch im Nationalrat fast immer üblich, stimmen Landtags-Abgeordnete brav der Fraktionsdisziplin folgend ab. Mutige, die bei bestimmten Abstimmungen ihrem Gewissen folgen, gibt es nicht. Vielleicht sollten sie sich ein Beispiel an den beiden NEOS-Nationalratsabgeordneten *Stephanie Krisper* und *Nikolaus Scherak* nehmen, die als einzige gegen die Messenger-Überwachung stimmten, ohne dass das in ihrer Partei einen Shitstorm auslöste.

Was aber regelmäßigen Landtags-Beobachter*innen besonders sauer aufstößt, ist die Tatsache, dass ***Anträge der Opposition*** fast zu 100% von den Regierungsparteien bereits in den Ausschüssen ***abgeschmettert*** werden. Dabei bedient man sich des berüchtigten **§34-Antrags/LGO**, mit dem die Ausschussmehrheit der Regierungsparteien den ursprünglichen Antrag ersetzt. Dass dieser Ausschuss-Antrag häufig mit dem ursprünglichen Antrag nur mehr wenig zu tun hat, stört VPFPNÖ nicht.

Für Beobachter*innen ist es besonders ärgerlich, wenn Anträge durchaus Sinn machen würden, auf Grund der mangelnden Klubstärke einer Fraktion aber nicht genügend unterstützt sind (NEOS!). Wenn dann im Plenum vom Präsidenten die Unterstützungsfrage gestellt wird, lehnt die VPFP-Mehrheit solche Anträge systematisch ab.

Ist es Angst vor innerparteilichen Konsequenzen, falls man als VP-Mandatar*in für einen Antrag der Opposition stimmen würde? Ist es Arroganz oder die Angst, man könnte argumentativ einer Oppositionspartei unterlegen sein, die zu solch einer Diskussionsverweigerung führt? Wir können nur Vermutungen anstellen. Aber egal, was die Gründe sind – solch eine Vorgangsweise finden wir demokratiepolitisch höchst bedenklich. Diskurs und auch Dissens gehören zu einer lebendigen Demokratie und sollten nicht kategorisch verweigert werden.

Quelle: think tank report/Konrad Adenauer Stiftung

SKURRILITÄTEN, ABSURDITÄTEN, BANALITÄTEN

Sommer-SchmankerIn der nö. Koalitionsparteien

Was während der Sommerpause des Landtags auffällt, ist der besondere Fleiß der FP in Bezug auf Presseaussendungen. Leider hält deren Qualität mit der Anzahl nicht immer Schritt. Sie strotzen leider oft vor Un- oder Halbwahrheiten und oft hat man den Eindruck, ihr einziger Zweck ist, Hetze und Diffamierungen zu verbreiten, um ihre Klientel zu bedienen.

Manchmal merkt man außerdem, dass die jeweiligen Autoren der Presseaussendungen wenig bis keine Ahnung von der Materie haben, über die sie schreiben und sich in abstrusen Argumenten verirren. Hier ein Beispiel mit skurriler Argumentation.

„Pfandmonster“ ist teure Belastung für Österreicher

Ist es die August-Hitze, die ***LAbg. Peter Gerstner*** nicht gut tut? Ist es sein überbordender Durst, der ihn dazu zwingt, 50-Zweiliter-Flaschen und 50 Dosen in seiner Wohnung (die vermutlich größer als 40 m^2 ist) zu horten? Wir wissen es nicht. Jedenfalls klingt seine Presseaussendung vom 7. August 2025, in der er gegen das neue Pfandsystem für Plastikflaschen und Dosen agitiert, etwas skurril.

Ehrlich gesagt trauen wir von **#zusammenHaltNÖ** allen einigermaßen vernunftbegabten Menschen zu, die regelmäßige und sachgerechte Entsorgung von Plastikflaschen und Dosen zu schaffen. Das haben sie vermutlich auch schon früher mit Bier- oder anderen Glasflaschen trainiert und nicht mehrere leere Bierkisten in einer kleinen Garconniere gestapelt. Wo Herr Gerstner also ein ***„Pfandmonster“*** sichtet, ist uns schleierhaft. Vielleicht Halluzinationen als Spätfolgen eines Hitzekollers?

Quelle: pixabay

VPNÖ als willfährige Trittbrettfahrer der FPNÖ

Kaum hat die FP eine absurde Presseaussendung rausgelassen, in der sie wieder einmal das Abendland untergehen sieht, springt die VPNÖ schon auf diesen Zug auf und legt noch eins drauf.

Quelle: Bing Image Creator

Konkret geht es um eine Presseaussendung des neuen ***FPNÖ-Landesgeschäftsführers und Bildungssprechers Helmut Fiedler***, in der er die Ausschreibung einer Teilzeit-Lehrerstelle für Bewegung und Sport an der Praxisvolksschule der PH NÖ scharf kritisierte. Neben der fachlichen Qualifizierung und selbstverständlich auch der perfekten Beherrschung von Deutsch als Unterrichtssprache wurden als weitere Anforderungen auch gute Kenntnisse in Englisch und Türkisch genannt.

Sofort erweckte die FPNÖ den Eindruck, als ob in Zukunft an NÖ Volksschulen womöglich Türkisch die Unterrichtssprache werden könnte. Dass die Praxisvolksschule eine Modellschule ist, die zukünftigen Pädagog*innen Mehrsprachigkeit als Wert und nicht als Bedrohung vermitteln soll, scheint den Horizont solcher Politiker wohl zu übersteigen. Auch dass es kein Nachteil wäre, wenn zukünftige Lehrer*innen in Schulen mit hohem Anteil an Kindern mit Türkisch, Arabisch, Farsi oder sonstigen Erstsprachen ein paar Worte in diesen Sprachen beherrschen würden, kapieren solch engstirnige Menschen nicht.

Gerade im Sportunterricht könnten ein paar Worte Türkisch im Notfall zur Klärung und Einhaltung von Regeln und somit zu größerer Sicherheit für alle beitragen. Wo ist also das Problem, Herr FP-Bildungssprecher?

Und anstatt vielleicht zuerst mit dem Rektor der PH NÖ selbst, oder über die nö. Bildungsdirektion mit ihm zu sprechen und die Gründe für diese Ausschreibung zu klären, stößt der neue *VP-Klubobmann Zauner* sofort in dasselbe Horn wie die FPNÖ und entrüstet sich: *„In österreichischen Schulen soll deutsch [sic!] gelernt und nicht türkisch [sic!] gesprochen werden. Aktuelle Stellenausschreibung an Badener Praxis-Volksschule entspricht nicht unserer Wertevorstellung*“. Und er bringt auch gleich wieder Sanktionen für integrationsunwillige Eltern und Strafen von bis zu 2.500 € aufs Tapet. Klingt alles ein bisserl nach schwarzer Pädagogik aus urgrauen Zeiten.

Vielleicht sollte die VPNÖ einmal ihre Wertvorstellungen überprüfen bzw. überlegen, ob es nicht rein praktische und keine ideologischen Gründe für solche Stellenausschreibungen geben könnte.

Zusatzinformation

- Anforderung an Lehrer - Turnen auf Türkisch: Wirbel um Job-Ausschreibung | krone.at (19.08.2025)
- VPNÖ-Zauner: In österreichischen Schulen soll deutsch gelernt und nicht türkisch gesprochen werden – Die Volkspartei Niederösterreich (18.08.2025)
- FPÖ-Fiedler: „Unterrichtssprache an Volksschulen ist und bleibt Deutsch“ (16.08.2025)

ERWARTUNGEN UND FORDERUNGEN DER KRITISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT AN LANDESREGIERUNG UND LANDTAG FÜR DIE ZWEITE HÄLFTE DER LEGISLATURPERIODE

Wir von **#zusammenHaltNÖ** haben uns mit viel Geduld und Sitzfleisch ab Juni 2023 jede einzelne Landtagssitzung live „angetan“, auch wenn das oft nicht gerade unterhaltsam oder aufbauend war. Oftmals wuchs in uns Unverständnis und manchmal auch Wut, wenn wir uns die Diffamierungen und Untergriffe mancher Politiker (absichtlich nicht gegendert!) anhören und schweigend zur Kenntnis nehmen mussten.

Wir erwarten daher von ALLEN gewählten Mandatar*innen, die mit den Steuergeldern „unserer Landsleute“ mehr als reichlich entlohnt werden, **dass sie in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode**

- ihre Aufgaben wirklich ernst nehmen
- trotz harter Debatten sachlich, respektvoll und nicht angriffig oder untergriffig agieren.

Wir erwarten von den Landtagspräsidenten Wilfing und Waldhäusl, dass sie

- ihre Aufgabe wahrnehmen und auch Ermahnungen zu unangemessenen Wortmeldungen erteilen. Dies würde der Diskussionskultur gut tun.

Wir erwarten von der VPNÖ, dass sie

wieder genug Mumm und Rückgrat bekommt, um ihren Koalitionspartner in die Schranken zu weisen, wo immer dies notwendig ist und endlich selber eine

- positive Themenführerschaft wahrnimmt.
- zu ihrem christlich-humanistischen Menschenbild und ihren christlich-sozialen Grundwerten zurückfindet, die in ihrem „Grundsatzprogramm 2015“ in den „Werten und Grundsätzen der Volkspartei“ (2022) verankert sind.

Wir fordern von der FPNÖ, dass sie

- billige Polemik endgültig einstellt.
- die Erkenntnisse der Wissenschaft nicht weiter ignoriert und aus reinem
- Populismus oft haarsträubende Dinge behauptet und verbreitet.

Wir erwarten von der SPNÖ, dass sie

- mit ihren zwei Mitgliedern in der NÖ Landesregierung konstruktive Regierungs-
- und - wo notwendig - auch quasi „Oppositionspolitik“ gegen VPFPNÖ macht.

Wir erwarten von Grünen und Neos, dass sie

- im Landtag auch weiterhin als konstruktive und engagierte Opposition fungieren werden.

Wir wollen aber fairerweise festhalten, dass es in der genannten halben Legislaturperiode im parlamentarischen Alltag auch echte Lichtblicke gab:

Mandatar*innen, die

- immer gut vorbereitet waren
- sich mit Empathie, Power und Engagement für die Anliegen der Niederösterreicher*innen stark machten
- auch zu vorgerückter Stunde nicht minimalistische Pseudo-Reden ablieferten
- das Fragerecht zu wichtigen Themen in Anspruch nahmen
- nicht aufgaben, auch wenn ihre Anträge wiederholt von der VPFP-Koalition abgeschmettert wurden

Wen wir konkret mit diesen genannten Punkten meinen, wird allen klar sein, die unsere Impressionen regelmäßig und aufmerksam gelesen haben. 😉

Und nun auf in die zweite Halbzeit!

Wir von #zusammenHaltNÖ sind wieder dabei.

Stichwortverzeichnis

In diesem Verzeichnis finden sich wichtige Begriffe aus den Impressionen der ersten Halbzeit bzw. aus Presseaussendungen oder Interviews.

Die untenstehenden Angaben beziehen sich jeweils auf **Monat und Jahr der Ausgabe** (z.B. 05/2024) bzw. den betreffenden **Tagesordnungs-Punkt** (z.B. TO 03).

Agrarthemen

- 03/2025, TO 13: Antrag betr. Weiterentwicklung, Indexanpassung und Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)
- 10/2024, TO 12, Bericht der Landesregierung, Ressort Landwirtschaft
- 03/2024, TO 14: Freier Handel darf nicht zur Gefährdung der österreichischen Landwirtschaft führen
- 02/2024, TO 10 und 11: Inflationsanpassung des Agrarbudgets auch auf EU-Ebene; Bodenschutz in NÖ mit nachhaltiger, regionaler Raumordnung und einer Klimawandelanpassungsstrategie für die Landwirtschaft
- 02/2024, TO 08: Planungssicherheit für die Schweinehaltung in Österreich

Antisemitismus (Kampf gegen)

- 10/2024, TO 11, S. 27: §34-er Antrag betr. Maßnahmen zum Kampf gegen Antisemitismus, Faschismus und zur Stärkung des jüdischen Gemeinde- und Kulturlebens

Asyl & Integration; Diffamierung und Kriminalisierung von Asylwerber*innen

- 02/2025, TO 03, Aktuelle Stunde: Asylstopp jetzt: Schluss mit falscher Toleranz auf Kosten unserer Sicherheit!01/2025, S. 4: Sachleistungskarte als Schikane
- 11/2024, TO 13: Jahresbericht 2023 Grundversorgung
- 07/2024: S.14: Diffamierung von Asylwerbern
- 06/2024, TO 05: Änderung des Grundversorgungsgesetzes, Einführung der Bezahlkarte
- 05/2024, TO 03: EU-Wahnsinn stoppen – Festung Europa als Garant für Sicherheit und Wohlstand in Europa; besonders Rede von Ex-LR Luisser (ab S.10) und #zHNÖ-Faktencheck (S.11).
- 03/2024, TO 02: Aktuelle Stunde: Frauen brauchen Schutz vor Schutzsuchenden
- 11/2023, S.5: Rundumschläge der FPNÖ gegen Asylwerber
- 06/2023, TO 02: Aktuelle Stunde „Asylstraftäter sofort abschieben! Grenzen schließen! Illegale Zurückweisen“
- FPÖ-Landbauer: Wir räumen Schritt für Schritt mit dem Asylchaos auf (22.08.2024)
- Will NÖ unattraktiv machen – "Raus aus Asyl-Schlaraffenland": So geht FPÖ nun vor l Heute.at (30.05.2024)

Bauordnung

- 01/2025, TO 03: Vorlage der Landesregierung betr. Änderung der NÖ Bauordnung 2014.

Bildung, Erziehung, Betreuung, Schule

- 07/2025, TO 07: Bericht der Landesregierung betr. NÖ Schul- und Kindergartenfonds, Berichte über Gebarung und Tätigkeit 2024

- 06/2025, TO 13: Antrag betr. Schaffung geeigneter und wirkungsvoller Erziehungsmittel für eskalierende Situationen in Schulen
- 06/2025, TO 06: Aktuelle Stunde „Die beste Zukunft für unsere Kinder! Kinderbetreuungsoffensive von Land & Gemeinden: Förderung für 500. Gruppe beschlossen.
- 04/2025, TO 04: Antrag betr. Unterstützung für berufstätige Eltern – Valorisierung der Förderung gem. Richtlinie „NÖ Kinderbetreuungsförderung für Eltern“.
- 03/2025, TO 11: Antrag betr. Nachfolgeregelung für das Bildungsinvestitionsgesetz und pädagogisches Unterstützungspersonal
- 12/2024, TO 11: Bericht der Landesregierung betr. NÖ Kinder- und Jugendhilfebericht
- 11/2024, TO 15: Antrag betr. Elternvertreter*innen sowie Bildungsgemeinderät*innen als zusätzliche Mitglieder in den Schulausschüssen der NÖ Gemeinden.
- 09/2024, TO 10 und 11: 15a-Vereinbarung zw. Bund und Ländern über Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich Basisbildung, zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses und für Sozialbetreuungsberufe.
- 09/2024, TO 03 und 04: Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes ( ) und des NÖ Musikschulgesetzes
- 06/2025, TO 06 + 13: Die beste Zukunft für unsere Kinder! Kinderbetreuungsoffensive von Land&Gemeinden
- 07/2024, Spezialdebatte Gruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft
- 04/2024, TO 06: Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes
- 03/2024, TO 16: Bekämpfung der Jugendverschuldung – Finanz- und Wirtschaftsbildung in Schulen weiter forcieren
- 12/2023, TO 16: Vollwertiges Gratis-Mittagessen für Kinder an Kindergärten und Schulen

Budget, Bezügegesetze für den öffentlichen Dienst, Finanzen NÖ

- 07/2025, TO 13: Bericht der Landesregierung betr. EU-Bericht 2024 über die finanziellen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft für 2024
- 07/2025, TO 05: Rechnungsabschluss 2024 sowie Stellungnahme des Landesrechnungshofes NÖ
- 12/2024, TO 5-9: betr. Gesetzesänderungen von Bezügegesetzen für Personengruppen im öffentlichen Dienst in NÖ (Gemeindebedienstete, Landesbedienstete, Spitalsärzt*innen)
- 11/2024, TO 04 und 5: Nachtragsvoranschlag „Hochwasser 2024“ für die Finanzjahre 2025&26; Vorschüsse für Betroffene des Hochwassers 2024.
- 10/2024, TO 06: Aufstockung der Überschreitung der Auszahlungen betr. Behebung von Katastrophenschäden nach Hochwasserereignis.
- 07/2024, TO 04: Vorlage der Landesregierung betr. Voranschlag des Landes NÖ für die Jahre 2025&26

Corona-Fonds, Corona-Thema

- 05/2025, TO 12, S. 23-27: Rechnungshof Österreich-Bericht „NÖ Covid-Hilfsfonds für Corona-Folgen“
- 07/2024, TO 04, S. 26: Vorwurf und Wiedergutmachung für verfehlte Corona-Politik

Demokratieverständnis (fragwürdiges):

- ***Klubzwang***
  (bei fast allen Abstimmungen erkennbar; Koalition stimmt grundsätzlich gegen Anträge der Opposition)
- ***Anträge der Opposition durch §34er-Antrag abgeschmettert***:
  12/2024, TO 05-09 und TO 12,

11/2024, TO 14, S. 18 und 19: Renaturierungsantrag der SP durch VPFP §34-er Antrag verwässert. Ergebnis: Renaturierung mit „Hausverstand“;
04/2024, TO 04: Nutzung von Leerstand-Vermeidung von Bodenverbrauch

- ***Diskussionsverweigerung:***
  Anträge der NEOS, die auf Grund der nicht vorhandenen Klubstärke nicht genug unterstützt sind, werden auch im Landtags-Plenum von der VPFP-Koalition aus Prinzip nicht unterstützt; somit wird jegliche Diskussion abgewürgt:
  01/2025, S. 4, 04/2025, S.4, 07/2025, S. 7

- ***Gender-Verweigerung:***
  Ausdruck eines gestörten Verhältnisses zu Frauen?
  05/2024, S.16: der *FP-Abg. Hubert Keyl* tituliert z.B. *Grünen-Abg. Helga Krismer* zuerst provokant als „*Frau Klubobmann*“, danach als „*Frau Klubobmensch*“09/2023, S. 3 und 4: FP-Mandatare begrüßen aus Prinzip nur in der maskulinen Form (Frau Präsid**ENT**, werte Kolleg**EN**)

Energie, Energieversorgung, Energiepreise

- 02/2025, TO 05: Antrag betr. Gerechte Verteilung der Netzentgelte zur Entlastung der nö. Haushalte und Unternehmen.
- 12/2024, TO 13 und 14: Berichte der Landesregierung betr. NÖ Umwelt-, Energie- und Klimabericht 2024 und NÖ Umweltanwaltschaft, Tätigkeitsbericht 2023
- 10/2024, TO 07: Umstellung auf Fernwärme in NÖ Landeskliniken, NÖ Pflege-, Förder- und Betreuungszentren und NÖ Sozialpädagogischen Betreuungszentren
- 03/2024, TO 12: Günstigere Nah- und Fernwärme, sowie Ausbau der Biomasse
- 02/2024, TO 06: Klares Nein zum Ausbau der Atomkraft in Tschechien und für einen konsequenten und raschen Umstieg auf erneuerbare Energie
- 02/2024, TO 02: Aktuelle Stunde „Volle Speicher statt leere Taschen – runter mit den Gaspreisen!
- 12/2023, TO 07: Änderung des NÖ Elektrizitätswesengesetzes 2005
- 10/2023, TO 30: Debatte über die Beantwortung der Anfrage des Neos-Abg. Mag. Hofer-Gruber an LR DI Schleritzko betr. „Energiewende statt Sonderdividende“
- 10/2023, TO 12: Bericht der Landesregierung betr. NÖ Umwelt-, Energie- und Klimabericht 2023
- 10/2023, TO 05: Aktuelle Stunde: „Energiepreise runter! Nein zu EVN-Luxusgagen!

Erneuerbare Energie, Energiewende

- 05/2025, TO 11: Bericht des Rechnungshofs betr. Flächen für Strom aus erneuerbaren Energieträgern
- 02/2024, TO 03: Netzinfrastruktur für die Energiewende zukunftsfit machen
- 10/2023, TO 30: Energiewende statt Sonderdividende

Faktencheck bei Halb- und Unwahrheiten der FPNÖ

- 07/2024, TO 05, S.10: Änderung Grundversorgungsgesetz, Einführung der Sachleistungskarte
- 07/2024: S.14: Halb- und Unwahrheiten über Asylthematik
- 06/2024, TO 05: Änderung des NÖ Grundversorgungsgesetzes
- 09/2023, TO 19, S.8ff: Bericht der Landesregierung betreffend Grundversorgung Jahresbericht 2022
- 11/2023, S. 5ff: Verbreitung falscher Fakten und Zahlen durch die FPNÖ

Faschismus (Kampf gegen)

- 10/2024, TO 11: S. 27: §34-er Antrag betr. Maßnahmen zum Kampf gegen Antisemitismus, Faschismus und zur Stärkung des jüdischen Gemeinde- und Kulturlebens

Festung Österreich – Festung Europa

- 12/24, TO 02, S. 4: Festungsphantasien
- 05/24, TO 03: „EU-Wahnsinn stoppen – Festung Europa als Garant für Sicherheit und Wohlstand
- FPÖ fordert politische Kehrtwende - noe.ORF.at (26.08.2025)

Finanzwirtschaft

- 11/2023, S. 15-17, Spezialdebatte Gruppe 9 – Finanzwirtschaft

Gedenkkultur

- 12/2024, TO 12: Antrag betr. Gedenkstätten an Orten ehemaliger Außenlager des KZ Mauthausen in NÖ
- 10/2024, TO 11: S. 27: §34-er Antrag betr. Maßnahmen zum Kampf gegen Antisemitismus, Faschismus und zur Stärkung des jüdischen Gemeinde- und Kulturlebens

Genderverweigerung

- 05/2024, S. 16: FPNÖ-Abg. Hubert Keyl meint, offenbar, besonders „witzig“ zu sein, als er die Grünen Klubobfrau Helga Krismer als „*Frau Klubobmann Krismer*“ und danach als „*Frau Klubobmensch Krismer*“ anspricht.
- Veröffentlicht auf der FPNÖ-Homepage zum „Blauen Montag“ des Wachauer Volksfests: FPÖ-Landbauer/Vilimsky/Rosenkranz: „Wir bauen an der Zukunft unserer starken Heimat“ Der Auftritt der *FP-Landesrätin Susanne Rosenkranz* wird folgendermaßen kommentiert: „*Lokalmatador Landesrat Susanne Rosenkranz begrüßte als erster Redner alle Gäste“.*

Gesundheitsversorgung, Gesundheitspakt, Gesundheitsplan

- 07/2025, TO 18: §34-Antrag betr. flächendeckender Gewaltschutz im medizinischen Bereich
- 07/2025, TO 09: Bericht der Landesregierung betr. NÖ Landesgesundheitsagentur, Geschäftsbericht, Regionalberichte und Gebarungsbericht 2024
- 06/2025, TO 09: Antrag betr. Einrichtung eines Bereitschaftsdienstes an Wochenenden und Feiertagen
- 05/2025, TO 13: Antrag betr. Persönliche Assistenz – Beteiligung NÖs am Pilotprojekt des Bundes
- 05/2025, TO 09: Vorlage der Landesregierung betr. Änderung des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds-Gesetzes 2006
- 04/2025, TO 05: Vorlage der Landesregierung betr. Universitätsklinikum Wr. Neustadt, Neubau – Projektkonsolidierung der Bauvorhaben
- 04/2025, TO 02: diverse Gesetzesänderungen in Zusammenhang mit dem „Aktionsplan gegen den radikalen Islam“
- 03/2025, TO 09: Antrag betr. Änderung des NÖ LGA-G/NÖ Landesgesundheitsagenturgesetzes
- 03/2025, TO 08: Antrag betr. Gesundheitsplan NÖ: Moderne Versorgung, höchste Qualität. In ganz NÖ, in jeder Region
- 03/2025, TO 07: Vorlage der Landesregierung betr. Empfehlungen des Expertengremiums zum nö. Gesundheitspakt – Gesund sein, Gesund werden, Gesund bleiben.
- 02/2025, TO 02 und 4: nö. Patient*innen in Wien; sektorenübergreifende Behandlungspfade für Betroffene von Multisystemerkrankungen

- 12/2024, TO 11: Bericht der Landesregierung betr. NÖ Kinder- und Jugendhilfebericht
- 11/2024, TO 10: Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes
- 11/2024, TO 06: Änderung des NÖ Spitalsärztegesetzes
- 10/2024, TO 04: Aktuelle Stunde: NEIN zur Schließung unserer Spitäler; Landesrechnungshofbericht ergibt: LGA-Gründung brachte um 20% mehr Personal in der Verwaltung.
- 10/2024, TO 13, S. 32: Landesrechnungshofberichte (Nachkontrolle) betr. Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen an NÖ Landeskliniken
- 09/2024, TO 6 – 8: Brandschutz-Sanierungsmaßnahmen in NÖ Gesundheitseinrichtungen und Kliniken
- 03/2024, TO-Punkt 03: Aktuelle Stunde „Schwarz-blaues Gesundheitsdebakel – welche Spitalsabteilung schließt als nächste?“
- 11/2023, S. 11-13, Spezialdebatte Gruppe 5: Gesundheit und Umweltschutz
- 07/2023, TO 09 & 10: Geschäftsbericht LGA und Tätigkeitsbericht NÖ Gesundheits- und Sozialfonds 2022
- 06/2023, TO 03: Aktuelle Stunde „Gesundheitsversorgung sichern, Ärztemangel bekämpfen
- 06/2023, TO 04: Einführung des NÖ Pflege-und Betreuungsschecks
- 07/2023, TO 09 & 10: Geschäftsbericht LGA & Tätigkeitsbericht NÖ Gesundheits- und Sozialfonds 2022

Grundversorgungsgesetz

- 11/2024, TO 13: Jahresbericht 2023 Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde in NÖ
- 06/2024, TO 5: Änderung der NÖ Grundversorgung, Einführung der Sachleistungskarte

Hetzreden, Angstmache, Respektlosigkeiten im Landtag bzw. hetzerische Presseaussendungen, v.a. der FPNÖ

- 04/2025, S. 7: Abg. /LR Antauer malt ein schreckliches, angsterregendes Bild von NÖ, dem hier angeblich grassierenden religiösen Extremismus und verkündet eine Null-Toleranz-Politik
- 02/2025, S. 14: Ex-FP-Abg. Michael Sommer wettert und hetzt gegen alles und jedes
- 07/2024, TO 05: Änderung Grundversorgungsgesetz, Einführung der Sachleistungskarte
- 07/2024: S.14: Diffamierung von Asylwerbern
- 06/2024, Spezialdebatte Gruppe 1: „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“
- 06/2024, TO 05: Änderung des NÖ Grundversorgungsgesetzes
- 05/2024, TO 03, Aktuelle Stunde: „EU-Wahnsinn stoppen - Festung Europa als Garant für Sicherheit und Wohlstand in NÖ; siehe besonders Hetzrede von Ex-Abg. Michael Sommer, S. 8 und 9.
- 03/2024, TO 02: Aktuelle Stunde „Frauen brauchen Schutz vor Schutzsuchenden“
- 10/2023, TO-Punkt S. 4: Unwahre Behauptungen, Unterstellungen und falsche Fakten durch FP-Mandatare
- 09/2023, S. 3-5: respektlose Wortwahl, Beschimpfungen, Diffamierungen durch FPNÖ
- FPÖ-Landbauer: Wir räumen Schritt für Schritt mit dem Asylchaos auf (04.08.2025)
- FPÖ-Punz: „SPÖ versorgt Asylanten, schmeißt aber unsere Landsleute aus den Spitälern“ (26.02.2025)

Islamismus – radikaler Islam

- 04/2025, TO 02, S. 5 - 18: Änderung diverser Landesgesetze in Zusammenhang mit den nö. „Aktionsplan gegen den radikalen Islam“

Kinderbetreuung in NÖ

- 06/2025, TO 06: Aktuelle Stunde: Beste Zukunft für unsere Kinder! Kinderbetreuungsoffensive von Land und Gemeinden

Klima- und Umweltpolitik, Diffamierung von Klima-Aktivist*innen; Naturschutz

- 07/2025, TO 19: Antrag betr. Ausbau der Förderung privater Hochwasserschutznaßnahmen in NÖ
- 05/2025, TO 03, Aktuelle Stunde: Nichts gelernt! Mit schwarz-blauen Betonmischern in die nächste Hochwasserkatastrophe
- 04/2025, TO 07: Änderung des NÖ Naturschutzgesetzes
- 01/2025, TO 11: Bericht des Landesrechnungshofes betr. Siedlungswasserwirtschaft in NÖ
- 12/2024, TO 13 und 14: Berichte der Landesregierung betr. NÖ Umwelt-, Energie- und Klimabericht 2024 und NÖ Umweltanwaltschaft, Tätigkeitsbericht 2023
- 12/2024, TO 13: NÖ Umwelt, Energie und Klimabericht
- 09/2024, TO 02: Katastrophenhochwasser
- 05/2024, TO 14: Förderung privater Mehrfamilienhäuser im Sinne der ökosozialen Transformation
- 04/2024, TO 14: Ortskern-Belebung und Reduzierung der Zersiedelung in den Gemeinden durch gezielte Fördermaßnahmen im Bereich der NÖ-Wohnbauförderung
- 04/2024, TO 09: Bodenstrategie und Baulandmonitoring
- 04/2024, TO 08: Bekenntnis gegen Errichtung einer Deponie im Natura 2000-Gebiet in Klosterneuburg
- 04/2024, TO 04: Nutzung von Leerstand-Vermeidung von Bodenverbrauch
- 03/2024, TO 09: Praxisnahe Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung ohne bürokratischen Mehraufwand
- 01/2024, TO 04: Bericht der Landesregierung betr. NÖ Umweltanwaltschaft, Tätigkeitsbericht 2022
- 11/2023, S. 11-13: Spezialdebatte Gruppe 5 – Gesundheit und Umweltschutz
- 10/2023, TO-Punkt 09: Tempo 100 für Verbrennungsmotoren auf Autobahnen als effiziente Maßnahme für den Klimaschutz S. 16: Energiewende statt Sonderdividende
- 10/2023, TO-Punkt 12: Bericht betr. NÖ Umwelt-, Energie- und Klimabericht 2023
- 09/2023, S.4, S. 7: Klima-Chaoten, Klima-Idioten, Klima-Terroristen, Öko-Kommunisten:
- 09/2023, TO 10, Klima-Kommunistin (für Ministerin Gewessler):
  FP-Landbauer: Klimaterroristen sind mit voller Härte zu bestrafen – Freiheitliche Partei Österreichs I
  (09.01.2023)

Kunst, Kultur und Kultus in NÖ

- 07/2025, TO 20: Bericht des Landesrechnungshofes betr. NÖ Kulturwirtschaft GesmbH.
- 07/2024, S.23, Spezialdebatte Gruppe 3: „Kunst, Kultur und Kultus
- 11/2023, S. 7: Debatte zu Kunst und Kultur

Landesgesundheitsagentur/LGA, Änderung des LGA-Gesetzes

- 07/2025, TO 09: Bericht der Landesregierung betr. NÖ Landesgesundheitsagentur, Geschäftsbericht, Regionalberichte und Gebarungsbericht 2024
- 03/2025, TO 09: Antrag betr. Änderung des NÖ LGA-G/NÖ Landesgesundheitsagenturgesetzes
- 01/2025, TO 09: Bericht des Landesrechnungshof betr. Maßnahmen NÖ Landesklinikum Horn-Allentsteig

Landesrechnungshof – Berichte

- 07/2025, TO 22: LRH-Bericht betr. NÖ Landessonderschulen Querschnittsprüfung, Nachkontrolle
- 07/2025, TO 20: LRH-Bericht betr. NÖ Kulturwirtschaft GesmbH.
- 07/2025, TO 05: Rechnungsabschluss 2024 sowie Stellungnahme des Landesrechnungshofes NÖ
- 02/2025, TO 07: LRH-Bericht betr. NÖ Pflege- und Betreuungszentrum Hainfeld
- 01/2025, TO 09: LRH-Bericht betr. Maßnahmen NÖ Landesklinikum Horn-Allentsteig
- 01/2025, TO 06: LRH-Bericht betr. Nachvollziehbarkeit der Tarifgestaltung der EVN AG.
- 10/2024, TO 04, Aktuelle Stunde: NEIN zur Schließung unserer Spitäler; Landesrechnungshofbericht ergibt: LGA-Gründung brachte um 20% mehr Personal in der Verwaltung.
- 10/2024, TO 13: Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen
- 07/2024, TO 09: Antrag zur Änderung der Landesverfassung (Prüfmöglichkeit auch von Gemeinden unter 10.000 Ew. durch den Landesrechnungshof). Wurde von VPFPNÖ abgelehnt.
- 04/2024, TO 11: Änderung der Geschäftsordnung LGO 2001 bezügl. Rederecht für die Direktorin des Landesrechnungshofes sowie für die Mitglieder der Volksanwaltschaft im Landtag

Nobelpreis für NÖ!

- 05/2025, TO 04: „Mission Nobelpreis“: Wissenschaft&Forschung als Grundlage für Topjobs und erfolgreiche Unternehmen im Land

Negative Grundhaltung bezüglich Asylsuchende & Klimaaktivist*innen

- 06/2024, TO 5, S. 14 und 15: Angstmache vor Asylwerbern
- FPÖ-Landbauer: Wir räumen Schritt für Schritt mit dem Asylchaos auf (04.08.2025)
- FP-Landbauer: Klimaterroristen sind mit voller Härte zu bestrafen – Freiheitliche Partei Österreichs I (09.01.2023)

Öxit

- 05/2024, S. 6: ZusammenHaltNÖ Faktencheck zum Thema Öxit

Pflege, Pfleger*innenausbildung, Pflegegeld, 24-Stundenbetreuung

- 05/2025, TO 14: Antrag betr. Verwaltungsvereinfachung und bundesweite Harmonisierung der Entgelterhöhung für Pflege- und Betreuungspersonal sowie der Pflegeausbildungsförderung
- 04/2025, TO 3: Antrag betr. Attraktivierung der Möglichkeiten zur Anstellung von Pflegelehrkräften in Höheren Lehranstalten für Pflege und Sozialbetreuung /HLPS sowie in der Pflegelehre.
- 06/24, TO 11+ 12: Erhöhung des Pflegegeldes; Pflege als Schwerarbeit
- 02/24, TO 09: Anreize zur Sicherstellung von ausreichend Pflegepersonal in Pflege- und Gesundheitsberufen
- 01/2024, TO 05: Vorlage betr. Änderung der 15a B-VG-Vereinbarung zw. Bund und Ländern über gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung

Raumordnung

- 06/2025, TO 14 und 15: Anträge für Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes
- 10/2024, TO 21: Antrag für Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes
- 12/2023, TO 12 – 14: Anträge für Änderung von NÖ Raumordnungsgesetz und NÖ Bauordnung

Rechnungshof Österreich – Berichte zu NÖ-Themen

- 05/2025, TO 12: RH Österreich-Bericht „NÖ Covid-Hilfsfonds für Corona-Folgen“
- 05/2025, TO 11: RH Österreich-Bericht „Flächen für Strom aus erneuerbaren Energieträgern“
- 02/2025, TO 06: RH Österreich-Bericht betr. Tätigkeitsbericht 2024
- 01/2025, TO 10: Bericht des RHs Österreich betr. Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel – Wels und Wiener Neustadt.
- 01/2025, TO 08: Bericht des Rechnungshofes betreffend Akutgeriatrie und Remobilisation in NÖ und der Stmk.
- 01/2025, TO 05: Bericht des RHs Österreich betr. „Allgemeiner Einkommensbericht 2024“
- 10/2024, TO 15 - 18: RH-Bericht betr. NÖ Regional GmbH, Wien Energie GmbH, digitales Leistungsspektrum ausgewählter Gemeinden und 8-Punkte-Plan für eine digitale Schule

Rechtsextremismus (Kampf gegen)

- 04/2025, S. 12: Diskussion über andere demokratie- und verfassungsfeindliche extremistische Organisationen und Gruppierungen neben dem „Radikalen Islam“ (z.B. Sächsische Separatisten).
- 10/2024, TO 11, S. 27- 29: Nachhaltige Finanzierung des antifaschistischen Bildungsauftrags durch §34-er Antrag „von der Tagesordnung gekippt“

Renaturierung, Renaturierungsgesetz

- 12/2024, TO 15: Antrag betr. NÖ Bodenfonds zur Förderung von Rückwidmungen und Flächenentsiegelungen in Gemeinden zum Schutz vor zukünftigen Hochwasserereignissen.
- 11/2024, TO 14: Renaturierung mit Hausverstand
- 07/2024, S.6: Renaturierungsgesetz und Einsparungen
- 05/2024, S. 10: ZusammenHaltNÖ Faktencheck zum EU-Renaturierungsgesetz

Sachleistungskarte/Bezahlkarte

- 01/2025, S. 4: Abgeschmetterter Antrag der Neos zur Sachleistungs- oder Bezahlkarte
- 07/2024, TO 05, S.10: Änderung Grundversorgungsgesetz, Einführung der Sachleistungskarte
- 06/2024, Spezialdebatte Gruppe 1: „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“; Hinweise auf Sachleistungskarte auf S. 16

Schikanen

- 01/2025, S. 4: *Sachleistungskarte* für Asylwerber und Personen in der Grundversorgung *Monatliche Meldepflicht* für Personen in der Grundversorgung
- 07/2024, TO 05, S.10: Änderung Grundversorgungsgesetz, Einführung der Sachleistungskarte

Sicherheit, Schutz und Ordnung

- 07/2025, TO 18: §34-Antrag betr. flächendeckender Gewaltschutz im medizinischen Bereich
- 01/2025, TO 04: Änderung des NÖ Polizeistrafgesetzes; Installation von Gemeindeaufsichtsorganen gegen Bettelei, Konsumation alkoholischer Getränke an öffentlichen Orten etc.
- 09/2024, TO 09: Neues Polizeisicherheitszentrum St. Pölten
- 07/2024, Spezialdebatte Gruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit, S. 15-19
- 03/2024, TO 02: Aktuelle Stunde „Frauen brauchen Schutz vor Schutzsuchenden“

Soziale Wohlfahrt

- 12/2024, TO 11: Bericht der Landesregierung betr. NÖ Kinder- und Jugendhilfebericht
- 11/2024, TO 12: Bericht der Landesregierung betr. NÖ Sozialbericht 2023
- 10/2024, TO20: Vorlage der Landesregierung betr. Änderung des NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetzes
- 10/2024, TO 09: Blau-gelbes Schulstartgeld auch für die Zukunft sicherstellen
- 10/2024, TO 08: Antrag betr. 100%-Förderung für thermische Sanierung für einkommensschwache Haushalte
- 07/2024, Spezialdebatte Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung
- 04/2024, TO 15: Sozialarbeit an NÖ Landeskliniken
- 12/2023, TO 18: Jährliche Subvention der ARGE „Soziale Lebensmittelgrundversorgung NÖ“
- 12/2023, TO 16: Vollwertiges Gratis-Mittagessen für Kinder an Kindergärten und Schulen
- 11/2023, S. 9 und S. 10, Spezialdebatte Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung
- 10/2023, TO 14: Bericht der Landesregierung betr. NÖ Sozialbericht 2022

Sport

- 06/2025, TO 05, Aktuelle Stunde: Sport als nachhaltige Gesundheitsvorsorge - Investitionen mit Langzeitwirkung
- 11/2024, TO 11: Bericht der Landesregierung betr. NÖ Sportgesetz – Sportbericht NÖ 2023
- 10/2023, TO 13: Bericht der Landesregierung betr. NÖ Sportgesetz – Sportbericht NÖ 2022

Teuerung

- 05/2024, TO 13: Rekordteuerung für die Menschen, Rekordgewinne bei den Banken. Das Wohnpaket der Bundesregierung senkt keinen einzigen Preis.

Themenführerschaft durch „Aktuelle Stunden“ oder Presseaussendungen

- 05/2025, TO 03: Aktuelle Stunde „EU-Wahnsinn stoppen – Festung Europa als Garant für Sicherheit und Wohlstand in NÖ
- FPÖ-Landbauer: Wir räumen Schritt für Schritt mit dem Asylchaos auf (04.08.2025)
- FP-Landbauer: Klimaterroristen sind mit voller Härte zu bestrafen – FPÖ (09.01.2023)

Tourismus

- 05/2025, TO 06, S.14: Jahresbericht 2024 der Landesregierung betr. NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds, Niederösterreich -Werbung GmbH

Transparenz (mangelhafte!) und Kontrolle

- 07/2025, S. 7: Forderung nach mehr Transparenz vor Wahlen durch öffentliche Hearings im NÖ Landtag
- 05/2025, TO 10: Antrag betr. NÖ Informationsfreiheitsanpassungsgesetz 2025
- 07/2024, S.19: Volle Transparenz bei Beteiligung des Landes
- 07/2024, TO 9, S, 34: Antrag zur Änderung der Landesverfassung, damit auch Gemeinden unter 10.000 Einwohner*innen durch den Landesrechnungshof geprüft werden können. Wurde von VPFPNÖ abgelehnt.
- 06/2024, TO 10: Volle Transparenz bei Beteiligungen des Landes
- 02/2024, TO 12: Transparenz und Politik mit Anstand

Umwelt (siehe: Klima- und Umweltpolitik)

Verkehrspolitik, Straßen-und Schienenbau

- 07/2025, TO 16: Bericht der Landesregierung betr. NÖ Verkehrssicherheitsbericht
- 06/2025, TO 10: Antrag an Bundesregierung bezügl. Einhaltung der Vereinbarungen und Sicherung der Investitionen in NÖ Bahninfrastruktur in der Ostregion
- 03/2025, TO 12: Antrag betr. verlässliche Zusage zur Realisierung der im Bundesstraßengesetz vorgesehenen Verkehrsprojekte in NÖ S1 und S8.
- 10/2024, TO 19: Antrag betr. wirksame Maßnahmen zur Entlastung der Pendler*innen sowie der Schüler*innen der Westbahnstrecke
- 10/2024, TO 05, S. 12, Aktuelle Stunde: NÖ als Wirtschaftsstandort und Pendlerland: Investitionen in hochrangiges Schienen- und Straßennetz sicherstellen
- 07/2024, Spezialdebatte 6, S. 29: Straße, Wasserwirtschaft, Verkehr
- 02/2024, TO 04: Dringend erforderliche Maßnahmen zur Unterstützung von Pendler*innen in NÖ
- 12/2023, TO 05 und 06: Finanzierung Schienenpersonennah-und Regionalverkehrsleistungen – ÖBB-Personenverkehr und Raaberbahn; Ausbau des Regional- und Fernverkehrs in den Nachtstunden auf der Strecke Wien-St. Pölten
- 11/2023, S. 13 – 15, Spezialdebatte Gruppe 6: Straßenbau, Verkehr, Wasserbau, Schutzwasserbau
- 10/2023, TO 08&09: Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur und Tempo 100 für Verbrennungsmotoren auf Autobahnen als effiziente Maßnahme für den Klimaschutz
- Tempo 100-Diskussion beenden! Freie Fahrt für freie Bürger – Freiheitliche Partei Österreichs I (17.02.2023)

Wirtschaft

- 04/2025, TO 06: Antrag betr. effektiver Schutz im Insolvenzrecht für besondere Härtefälle
- 01/2025, TO 02, Aktuelle Stunde: Verlässliche Partnerschaft zw. Land NÖ und NÖ Wirtschaft als Motor des Wirtschaftsstandortes
- 05/2024, TO 13: Rekordteuerung für die Menschen, Rekordgewinne bei den Banken. Das Wohnpaket der Bundesregierung senkt keinen einzigen Preis.
- 06/2024, TO 02: Aktuelle Stunde „Leistung als Fundament unseres Wohlstandes – Steuerfreistellung von Überstunden umsetzen.
- 07/2024, Spezialdebatte 7: Wirtschaftsförderung, S. 31
- 05/2024, S.5 - Zusatzinformation: Fachkräftemangel
- 03/2024: Aufwertung der Lehre auf allen Ebenen als Antwort auf den Fachkräftemangel
- 01/2024, TO 02: Aktuelle Stunde „Sicherheit und Stabilität in herausfordernden Zeiten: Investitionen des Landes sichern Arbeitsplätze und den NÖ Wirtschaftsstandort

Wissenschaft & Forschung

- 05/2025, TO 04, S.9: „Mission Nobelpreis“: Wissenschaft & Forschung als Grundlage für Topjobs und erfolgreiche Unternehmen im Land
- 09/2024, TO 05: Finanzieller Mehrbedarf – Science and Technology Austria
- 07/2024, Spezialdebatte Gruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft**!!!** (Die Fülle von Themenbereichen in **einer** Gruppe zeigt den Stellenwert der einzelnen Themen im Landtag)

Wohnraum, Wohnbau

- 07/2025, TO 12: Bericht der Landesregierung betr. Wohnbauförderungsfonds für das Bundesland NÖ,Berichte über die Gebarung und Tätigkeit 2024
- 06/2025, TO 09: Erleichterungen bei der Eigenheim- und Vermögensschaffung
- 06/2025, TO 07: Antrag betr. Maßnahmen gegen die Wiedereinführung überschießender Kreditvergaberegeln im Wohnimmobiliensektor
- 07/2024, Spezialdebatte Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung
- 05/2024, TO 13: Rekordteuerung für die Menschen, Rekordgewinne bei den Banken. Das Wohnpaket der Bundesregierung senkt keinen einzigen Preis.
- 04/2024, TO 14: Ortskern-Belebung und Reduzierung der Zersiedelung in den Gemeinden durch gezielte Fördermaßnahmen im Bereich der NÖ-Wohnbauförderung
- 04/2024, TO 13: Wohnraumschaffung und gewerbliche Nutzung durch Gebot mehrgeschossiger Handelseinrichtungen